

03.10.2014

Bruchköbeler Gesprächsrunden- wie es nicht laufen sollte! **BBB fordert zielorientiertes Handeln für den Haushalt 2015, ÖPNV und die Friedhofsgestaltung**

Bruchköbel.- Interfraktionelle Runden, Arbeitskreise und Kommissionen können nach Ansicht des Bruchköbeler BürgerBundes (BBB) nützlich und klärend sein. Gemeinsame Ergebnisse könnten dann in die Vorlagen für das Stadtparlament einfließen. Allerdings sollten bei solchen Runden zielführende Bedingungen erfüllt sein, zum Beispiel muss die Tagesordnung bzw. der Inhalt im Vorfeld klar benannt werden und Terminvereinbarungen sind einzuhalten. Grundsätzlich gilt aber für den BBB, dass entsprechende Diskussionen in der Öffentlichkeit zu führen sind und die Gesprächsrunden nur ergänzenden Charakter haben. Eine öffentliche Kontrolle der Entscheidungsprozesse muss gewährleistet sein. Es kann nicht angehen, dass diese Runden für die Lösung oder Regelung des laufenden politischen oder verwaltungsmäßigen Tagesgeschäftes instrumentalisiert werden.

Die interfraktionelle Haushaltsrunde ist hierzu ein weiteres negatives Beispiel. Diese Runde traf sich erstmalig im März 2014 und letztmalig April 2014. Entsprechende inhaltliche und zeitliche Vereinbarungen wurden von Bürgermeister Maibach nicht erfüllt. Bis in den September lagen den Mitgliedern der „Interfraktionellen Runde“ sowie den Stadtverordneten keine Ergebnisse vor.

Der Haushaltsentwurf ist jedoch bis zu diesem Zeitpunkt von der Verwaltung in seinen wesentlichen Grundzügen längst fertig erstellt. Jetzt angesetzte interfraktionelle Runden können deshalb nur noch eine Verblendung dieses Vorgangs sein. Dafür steht auch das "Hauruckverfahren" des Bürgermeisters die Tagesordnung am Vorabend um 22:00 Uhr per Email mitzuteilen – sorgfältige Vorbereitung sieht anders aus. Deshalb hat auch der BBB seine Mitarbeit in dieser Runde vorerst beendet.

Weitere aktuelle Beispiele sind u.a. die Friedhofskommission und der Arbeitskreis „Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“. Vor Monaten wurde auf erneute Anfrage des BBB-Vorsitzenden Joachim Rechholz von Maibach erklärt, dass der Arbeitskreis ÖPNV in 2014 seine Arbeit wieder aufnehmen wird. Auch dieses bereits mehrfach gegebene Versprechen wurde nicht eingehalten. Es gab in 2014 keine einzige Sitzung. Die offensichtlichen Probleme in den Schulbussen belegen in diesen Tagen die Versäumnisse der Verwaltungsspitze. „Ein funktionierender ÖPNV ist auch ein wichtiger Standortfaktor, insbesondere für eine familienfreundliche Stadt. Die Situation im ÖPNV

muss geprüft werden und wenn die Verhältnisse für die Schulkinder bzw. Fahrgäste unerträglich sind, sind entsprechende Maßnahmen einzuleiten“, fordert Joachim Rechholz.

Das gleiche unbefriedigende Ergebnis gibt es hinsichtlich der Friedhofscommission. Der Magistrat wurde bereits im Dezember 2012 vom Stadtparlament aufgefordert, eine Prüfung alternativer Bestattungsformen vorzunehmen. Da bis Mitte 2014 keine konkreten Ergebnisse vorlagen, wurde auf Antrag der Grünen ein weiterer Beschluss im Stadtparlament gefasst. Bisher wurde die zuständige Friedhofscommission bis zum Oktober nicht einberufen. „Diese drei Negativ-Bespiele könnten locker fortgesetzt werden. Die Stadtverordneten möchten die Stadt voranbringen, aber leider handelt die Rathauspitze nicht. Simple Vorgänge werden nicht auf den Weg gebracht und frustrieren die Stadtverordneten sowie die Bürgerinnen und Bürger. Und genau deshalb haben alle Fraktionen gemeinsam die Stadtentwicklung in die eigenen Hände genommen und einen Antrag im Konsens beschlossen“, so BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold zum neuesten Handlungsauftrag für Bürgermeister Maibach.